

Urabstimmung über Streik in Druckindustrie auf 25. Mai angesetzt.

„Streik ist das letzte Mittel“

Die Urabstimmung über Arbeitsniederlegungen in der graphischen Industrie findet am 2. Mai statt. Diesen Termin hat das gemeinsame Nationale Aktionskomitee der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) und des Schweizerischen Lithographenbundes (SLB) am Samstag in Bern festgelegt. Die Zustimmung von zwei Dritteln der Gewerkschafter in der Urabstimmung ist nach den Statuten der beiden Gewerkschaften Voraussetzung für die Ausrufung von Streiks.

Die Urabstimmung war Ende März von den Gremien der GDP und des SLB beschlossen worden, nachdem am 10. März die Verhandlungen mit dem Schweizerischen Verband Graphischer Unternehmen (SVGU) ergebnislos abgebrochen worden, nachdem in acht Verhandlungsrunden keine Annäherung der Standpunkte erreicht worden war. Seit dem 1. April herrscht in dieser Branche, in der rund 60'000 Menschen beschäftigt sind, ein vertragsloser Zustand.

Wie ein GDP-Sprecher im Anschluss an die Sitzung mitteilte, wurde an dieser ersten Zusammenkunft des 35 Personen umfassenden Nationalen Aktionskomitees ausserdem über mögliche Kampfformen gesprochen. Einzelheiten nannte er nicht, bestätigte jedoch, dass ein Streik das letzte Mittel sei. Vorerst wollen die Gewerkschafter mit Demonstrationen, Flugblattaktionen und Versammlungen während oder am Rande der Arbeitszeit auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

„Kampfbereit“

Der GDP-Sprecher sagte weiter, die Gewerkschaftsmitglieder seien nach den Berichten der Sektionsvertreter „motiviert“ und „kampfbereit“. Sie seien entschlossen, gegen die Haltung der Arbeitgeber zu protestieren, wenn notwendig auch mit Kampfmassnahmen. „Wir wollen uns das nicht gefallen lassen“, sagte der Gewerkschaftssprecher.

Besitzstandswahrung

Hauptstreitpunkt in der Auseinandersetzung ist die Harmonisierung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) von GDP und SLB. Die Schaffung eines gemeinsamen GAV ist deshalb schwierig, weil der Vertrag des SLB, die sogenannte Berufsordnung, die Arbeitnehmer in einigen Punkten besser stellt als der GDP-GAV. Die Gewerkschafter bestehen auf der Wahrung des Besitzstandes, die Arbeitgeber lehnen das als untragbar ab.

Darüber hinaus waren die Gewerkschaften mit einem Fünf-Punkte-Forderungspaket angetreten. So verlangen sie eine zusätzliche Ferienwoche, eine Lohngarantie bei Krankheit und Unfall während 720 Tagen, gleichen Lohn für die Hilfsarbeiterinnen wie für deren männliche Kollegen, einen besseren Kündigungsschutz bei Schwangerschaft und den Ausgleich der Teuerung ohne Einschränkung.

SGG verhandlungsbereit

Anders als GDP und SLB hat die Schweizerische Graphische Gewerkschaft, die dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, Ende März beschlossen, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortzuführen und dabei auf einer Reihe von Forderungen zu beharren. Eine Einigung hat es bisher jedoch noch nicht gegeben.

SoAZ, 25.4.1988.

GDP > Streik. GAV. SoAZ, 1988-04-25